

Beschlussprotokoll II

Sitzung des Bundesrates vom 28. August 1968

A. Aussprachen

1. Atomsperrvertrag

Herr Bundespräsident Spühler orientiert über die Situation nach den neusten Ereignissen in der Tschechoslovakei. Ungeachtet der Unglaubwürdigkeit der offiziellen Unterschriften einzelner Staaten steht der Vertrag weiterhin zur Diskussion. Es ist nun aber gegeben, die Frage der Unterzeichnung durch die Schweiz für einige Wochen zurückzustellen. Den Kommissionen für Auswärtiges des Parlaments wurde versprochen, nichts zu unternehmen, ohne sie vorher zu orientieren.

2. Beiträge an die Fraktionssekretariate

Der von der Bundeskanzlei vorgelegte Entwurf zu einem Schreiben an die Präsidenten der Fraktionen wird genehmigt, mit der Auflage, den Hinweis auf die Möglichkeit eines weiteren Rechtsgutachtens fallen zu lassen, dafür eine positive Bemerkung betr. Revision des Geschäftsverkehrsgesetzes anzufügen.

3. Anmeldung von Motionen, Postulaten und Interpellationen für die Behandlung in den Eidg. Räten.

Die von der Bundeskanzlei vorgelegte Liste wird mit einigen kleinen Änderungen bezüglich der Vorbesprechung im Bundesrat genehmigt.

Der Bundeskanzler orientiert über die Antwort des Regierungsrates des Kantons Bern bezüglich der Motion Wilhelm (Jurasischer Wahlkreis). Danach sollte die Behandlung dieses Geschäfts noch aufgeschoben werden, insbesondere mit Rücksicht auf die Einsetzung der neuen Expertenkommission "der guten Dienste". Dem Antrag des Bundeskanzlers, im Sinne der Ausführungen des Regierungsrates des Kantons Bern die Beantwortung zu verschieben, wird zugestimmt.



- 2 -

B. UmfrageHerr Bundespräsident Spühler

- orientiert ausführlich über die Massnahmen unseres Landes im Zusammenhang mit der Krise in der Tschechoslowakei (Asylgewährung, humanitäre Hilfe usw.), über die Verhandlungen der Kommission für Auswärtiges und die Fraktionspräsidentenkonferenz, sowie über seine Besprechungen mit verschiedenen Persönlichkeiten (Diplomaten). Der Rat nimmt von den getroffenen Massnahmen zustimmend Kenntnis. (Details vgl. Notizen)

Herr Bundeskanzler Huber verweist auf das Problem der Information der Öffentlichkeit. Die Erklärung vom letzten Mittwoch ist, nach verschiedenen Stimmen zu schliessen, als zu wenig profiliert kritisiert worden. Man wusste aber am letzten Mittwoch (21. August 1968) morgen nur einen Teil dessen, was in den nachfolgenden Tagen zu den zahlreichen Demonstrationen und Resolutionen führte. Auch für die heutige Sitzung stellt sich wiederum die Frage der Information.- Aus der Diskussion geht hervor, dass der Bundesrat die vom Kanzler am 21. August abgegebene Erklärung einmütig billigt. Sie entsprach dem in der Sitzung festgelegten Wortlaut. Ueber die Sitzung vom 28. August 68 soll im Sinne einer objektiven Berichterstattung über die Verhandlungen informiert werden.

Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass der vorgesehene Besuch von Bundeskanzler Klaus nicht zustande kommt und dass der Bundespräsident nicht an die Genfer Konferenz (Nonproliferation) gehen wird.

Herr Gnägi gibt bekannt, dass die Besuche des polnischen Generalstabschefs in der Schweiz sowie des schweizerischen Generalstabschefs in Moskau (Herbst 1968/Frühjahr 1969) infolge der neusten Entwicklung abgesagt werden, womit der Rat einverstanden ist.

Herr Bonvin

- orientiert über die Beratungen der ständerätlichen Kommission für das BG über die Wahrung des PTT-Geheimnisses. Bezüglich der Kompetenz der kantonalen Polizeiorgane ist eine Differenz zur Fassung des

- 3 -

Nationalrates entstanden

Herr Celso

- gibt bekannt, dass der australische Finanzminister demnächst der Schweiz einen Besuch abstatten wird. Der Chef der FZD wird beauftragt, zu dessen Ehren ein Essen zu geben.

Herr Bundeskanzler Huber

- verweist darauf, dass nächstes Jahr der Bund an der Reihe ist, die Staatsschreiberkonferenz einzuladen. Der Bundesrat erklärt sich damit einverstanden.

BUNDESKANZLEI

je 1 Expl. geht an die Herren:

Departementsvorsteher
Bundeskanzler
Vizekanzler